

SOLIDARITÄT

Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- Geschützte Haut ist gesunde Haut
- Lohnzettel verstehen
- Faires Eis genießen

Startklar

Menschen, die am Boden bleiben,
wenn andere in den Urlaub fliegen

ÖGB
www.oegb.at



**ARBEITSVER-
TRÄGE** ÖGB-
AK-Studie
deckt unfaire
Klauseln auf

Seite 4



RECHTSFALL
Betriebsrä-
tInnen teilwei-
se noch immer
unerwünscht

Seite 14



WIEN
Kultur ge-
nießen zum
ermäßigten
Preis

Seite 18

KOMMENTAR 3

ÖGB-Präsident Erich Foglar über die neue „Solidarität“

TOPSTORY 4

Unfaire Klauseln in Arbeitsverträgen

ARBEIT & POLITIK 9

Meldungen, Kommentar 9

Telegramm 13

REPORTAGE 10

Um sicher in den Urlaub zu fliegen, braucht es viel mehr als nur PilotInnen und FlugbegleiterInnen

RECHTSFALL 14

Viele Versuche, Betriebsratswahlen zu verhindern

PORTRÄT 15

Berufstaucher: Luft unter Wasser

SERVICE 16-17

Gesundheitstipp: Richtig sitzen

Interview: Hautschutz

WIEN 18-19

Sommerevents, Gewinnspiel

SERVICE/UNTERHALTUNG 20

Schlüssel zum Lohnzettel 20

Kochen 21

Faires Eis 22

Rätsel mit Gewinnspiel, Cartoon 23

Banken sollen länger zahlen



DIE BUNDESREGIERUNG hat die Bankenabgabe eingeführt, um diesen Sektor an den Kosten, die er verursacht hat, zu beteiligen – allerdings läuft ein Teil dieser Abgabe aus. Der Bundeskanzler hat Ende Mai vorgeschlagen, diese zu verlängern. Das hart verdiente Steuergeld sei zu schade, um Bankenflops zu bezahlen, sagte Faymann. Es ist zudem nur fair, wenn die Banken selbst für Krisenzeiten vorsorgen: Die ArbeitnehmerInnen leisten ja auch selber Beiträge für die Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung. Dass die Bankenabgabe – wie von ihren GegnerInnen behauptet – direkt an die KundInnen weitergegeben würde, hat die AK in mehreren Studien widerlegt.

Kanadier, go home!



SO LÄUFT DAS HIER NICHT – das war die Antwort des ÖGB auf die Ansage des Milliardärs Stronach, die Gewerkschaften in Österreich wären Blockierer und müssten zurechtgestutzt werden. 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in Österreich wissen schon, wer für ihr Weiterkommen sorgt und wer die Bremser sind. „Bei Herrn Stronach sind die Milliardäre gut aufgehoben, die ArbeitnehmerInnen bei uns“, konterte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Lohn- und Gehaltserhöhungen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, geregelte Arbeitszeiten – das und mehr schaffen nur Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern. Politiker/Unternehmer, die aus Kanada Ratschläge erteilen, gestalten hierzulande gar nichts.

IN LETZTER MINUTE



STARKES ERGEBNIS

Erich Foglar führt auch die nächsten fünf Jahre den ÖGB. Beim 18. ÖGB-Bundeskongress im Wiener Austria Center wurde er von 93,5 Prozent der Delegierten gewählt. Foglar will „mit aller Kraft weiterkämpfen, dass die Gewerkschaften einfach den Stellenwert in diesem Land haben, den sie sich wirklich verdienen, und nicht heruntergemacht werden“.

AUF EINEN BLICK

Neben der ÖGB-Spitze kamen auch viele VertreterInnen der Republik und internationale Gäste und GewerkschafterInnen beim 18. ÖGB-Bundeskongress in Wien zu Wort, unter anderem EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol (im Bild), Bundeskanzler Werner Faymann und Bundespräsident Heinz Fischer. Alle Bilder, Videos und Reden:

www.bundeskongress.at

ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident, über neue Formen der Solidarität

SOLIDARITÄT IST DIE DNA DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

© Häusler



Seit 1947 erscheint die Mitgliederzeitschrift des ÖGB unter dem Namen „Solidarität“. Bis heute steht dieses Wort für einen der Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung. Solidarität, Zusammenhalt, Gemeinschaft, Miteinander – das ist sozusagen die DNA der Gewerkschaften. Ein Mensch alleine

kann nichts erreichen, nur alle gemeinsam. Das Wort „Solidarität“ mag zwar veraltet klingen, aber wofür es steht, ist – gerade in Krisenzeiten – aktueller denn je. Solidarität hat sich verändert: Wir leben in einer Welt, die durch die Globalisierung immer näher zusammenrückt. Wir können über Facebook Solidarität mit ArbeitnehmerInnen anderer Länder ausdrücken. Auch unsere Zeitschrift „Solidarität“ hat sich im Lauf der Jahrzehnte optisch verändert, ihr Zweck war und ist aber bis heute derselbe: die Mitglieder des ÖGB über gewerkschaftspolitische Themen zu informieren, in

Reportagen aus Betrieben die Arbeitsbedingungen sichtbar zu machen, über die engagierte Arbeit von Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie PersonalvertreterInnen zu berichten. Kurz gesagt: Wir wollen den Gewerkschaftsmitgliedern

»Mit jeder Ausgabe verdeutlichen, dass es gut ist, ÖGB-Mitglied zu sein.«

mit jeder Ausgabe verdeutlichen, dass es gut ist, Mitglied zu sein. Gut für alle, denn mit vielen Mitgliedern erreichen wir u. a. gute Lohn- und Gehaltserhöhungen. Und gut für jede und jeden Einzelne/n, denn von kostenloser Rechtsberatung bis zu verbilligten Skiflittkarten gibt es auch viele individuelle Vorteile, unabhängig davon, ob wir über die Arbeit in Spitälern oder die Anforderungen an ein modernes Bildungssystem berichten – im Zentrum stehen dabei immer unsere Mitglieder und die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Österreich.

IN LETZTER MINUTE

© BARBARA GINDL/APA/picturedesk.com



ALPINE: GEWERKSCHAFT HILFT

Der zweitgrößte österreichische Baukonzern Alpine ist pleite. Mitte Juni meldete Alpine Insolvenz beim Handelsgericht Wien an. Etwa 4.900 MitarbeiterInnen sind betroffen. Der Chef der Gewerkschaft Bau-Holz, Josef Muchitsch, hofft, dass der „überwiegende Teil“ der Betroffenen in Beschäftigung gehalten werden kann, etwa durch Übernahme in andere Baufirmen. Als Gründe für die Insolvenz sieht Muchitsch das Versagen bei den Osteuropa-Geschäften und generell die schwierige Situation am Bau. Experten erwarten nach der Alpine-Pleite Folgekonkurse. Infos für Beschäftigte: www.gbh.at



GELD & MEHR

Kollektivverträge fallen nicht vom Himmel, Gewerkschaften verhandeln sie jedes Jahr aufs Neue. ÖGB und Gewerkschaften stellen sie nun auch im Web zur Verfügung. ÖGB-Mitgliedern bietet die Plattform zusätzliche Servicefunktionen. www.kollektivvertrag.at



© ÖGB/Walter Schreiner


UNSER PLUS ...

... ist euer Plus. Der deutsche Ökonom Gustav Horn erklärte beim ÖGB-Kongress, warum gute Löhne in Österreich allen in Europa nützen. „Länder mit guten Löhnen sind Lokomotiven für andere.“ Den Euro, so Horn, müsse man den „Räubern“ wieder entreißen.



IN 30 SEKUNDEN

Konkurrenzklauseln, All-in-Verträge, ...: Was eigentlich für ManagerInnen gedacht ist, findet sich auch in den Arbeitsverträgen von ganz „normalen“ ArbeitnehmerInnen. Manche der Vertragsklauseln sind unfair, andere illegal. Aber die wenigsten trauen sich, sie herauszuverhandeln – der Arbeitgeber sitzt am längeren Ast, gesetzliche Einschränkungen sind daher nötig. Übrigens: In Firmen mit Betriebsrat haben die Beschäftigten weniger unfaire Vertragsklauseln.



Versetzung

Die Krux mit der Klausel

Eine Umfrage des ÖGB gemeinsam mit der Arbeiterkammer deckt die Ärgernisse der Beschäftigten über unfaire Regelungen in Arbeitsverträgen auf.

Text: Christian Resei // Foto: Walter Schreiner

Das Kleingedruckte schafft Ärger. Herbert T. war froh, dass er einen Arbeitsplatz als Netzwerktechniker gefunden hatte. Er verdiente sogar 200 Euro über dem Kollektivvertrag. „Dafür hat mich der Chef überredet, eine All-inclusive-Klausel zu unterschreiben“, erzählt der Techniker. Doch die Überstunden wurden immer mehr, die Freude über den guten Job deutlich geringer. „Ich habe häufig zehn Überstunden in der Woche gemacht“, erinnert sich Herbert T. Mit seiner Unterschrift hat er sich um einen gerechten Lohn gebracht und letztendlich weniger verdient als im Kollektivvertrag vorgesehen.

Immer häufiger versuchen Firmen schon beim Abschluss des Arbeitsvertrages,

bis zu einer vereinbarten Grenze mit dem vereinbarten Gehalt abgegolten ist. Viele ArbeitnehmerInnen unterschreiben meist ohne zu zögern, um die angebotene Stelle auch zu bekommen. Mit ihrer Einwilligung verzichten sie jedoch oft auf Überstundenzuschläge und eine faire Bezahlung, wenn viele Überstunden anfallen. Wichtig: Eine einmal im Arbeitsvertrag verankerte und unterschriebene Klausel gilt, auch wenn sie sich als unfair herausstellt. „Wir wollen auch die Zulässigkeit von All-inclusive-Klauseln für leitende Angestellte im Sinne des Arbeitszeitgesetzes einschränken“, erklärt Karin Hinteregger aus der Abteilung Sozialpolitik im ÖGB. Der Geltungsbereich dieser Klausel soll im Arbeitsvertrag transparent festgelegt sein. Hinteregger: „Es muss das für die Normalarbeits-

schalierung abgegolten werden.“ Der mittlere und untere Angestelltenbereich und die ArbeiterInnen sollen von All-inclusive-Klauseln gänzlich ausgenommen werden. Doch die All-inclusive-Klausel ist bei Weitem nicht die einzige Klausel, die den ArbeitnehmerInnen das Leben schwer macht. In einer von der Arbeiterkammer und dem ÖGB durchgeführten Online-Umfrage (mit mehr als 2.600 Personen) gaben neun von zehn Befragten an, mindestens eine unfaire Klausel im Vertrag zu haben.

Viele störende Klauseln

An oberster Stelle dieser unangenehmen Vertragszusätze findet sich etwa die Versetzungsklausel – sie bewirkt, dass ArbeitnehmerInnen mit einer anderen Tätigkeit oder an einem anderen Ort beschäftigt werden können als vereinbart. Besonders Männer leiden laut der Umfrage unter diesem Punkt. Über 40 Prozent von ihnen gaben an, dass sie das aus ihrer Sicht am meisten stört. Dagegen fühlen sich 43,8 Prozent der Frauen am ehesten bei Klauseln eingeengt, die ihre Arbeitszeit betreffen. Beliebt bei den Unternehmen sind auch Pönalzahlungen, wenn gegen – von ArbeitgeberIn-

»Es muss das für die Normalarbeitszeit zustehende Grundgehalt ersichtlich sein.«

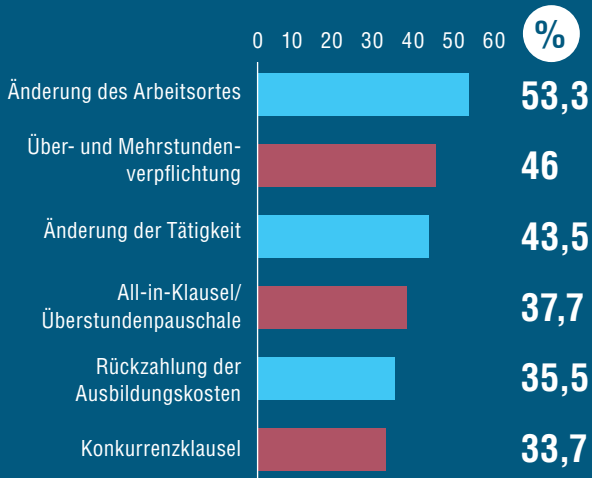
Karin Hinteregger, Abteilung Sozialpolitik im ÖGB

Mehrarbeit in sogenannten All-inclusive-Klauseln zu vereinbaren: Damit wird bereits bei Vertragsabschluss festgelegt, dass Mehrarbeit

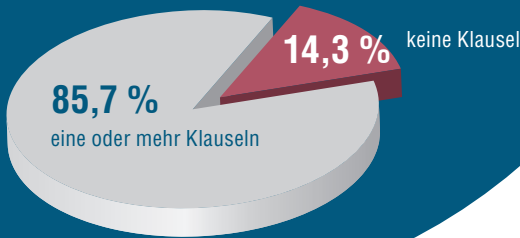
zeit zustehende Grundgehalt ersichtlich sein und darüber hinausgehend muss klar erkennbar sein, welche Ansprüche durch eine Pau-

Die häufigsten Vertragsklauseln

So viel Prozent der Befragten haben folgende Klauseln in ihrem Vertrag:



Fast alle haben unfaire Klauseln im Vertrag



nen diktierte – Satzungen im Arbeitsvertrag verstoßen wird. Zu den für ArbeitnehmerInnen teuren Klauseln zählt die Rückerstattung von Ausbildungskosten: Laut Gesetz kann längstens für fünf Jahre, bei besonderen Fällen bis zu acht Jahre, ein kontinuierlich sinkender Rückersatz vereinbart werden. Von den Befragten gaben 25,1 Prozent der ArbeiterInnen und 38,1 Prozent der Angestellten an, eine solche Klausel im Arbeitsvertrag zu haben. Doch oftmals müssen sich ArbeitnehmerInnen auch

mit der sogenannten Konkurrenzklausel herumärgern. Sie verpflichtet Beschäftigte, sich nach Ende des Arbeitsverhältnisses weder in der Branche des Arbeitgebers anstellen zu lassen noch dort selbstständig tätig zu werden. Auch diese Klausel war früher eher bei höheren Angestellten üblich und hat sich nun auf andere Berufe ausgedehnt. Im Grunde kann sie nur in Berufen angewendet werden, in denen ein Monats-

verdienst von über 2.156,57 Euro brutto bezahlt wird. Darüber kann Alexander F. viel Ärgerliches erzählen. „Ich habe keine Möglichkeit gesehen, in meiner Firma aufzusteigen.“ Deshalb hat F. diese Firma auch verlassen und bei einem Konkurrenzunternehmen angeheuert. Sein ehemaliger Chef, ein Frächter aus Niederösterreich, versuchte, zehn Monatsgehälter plus Ausbildungskosten von ihm einzuklagen.

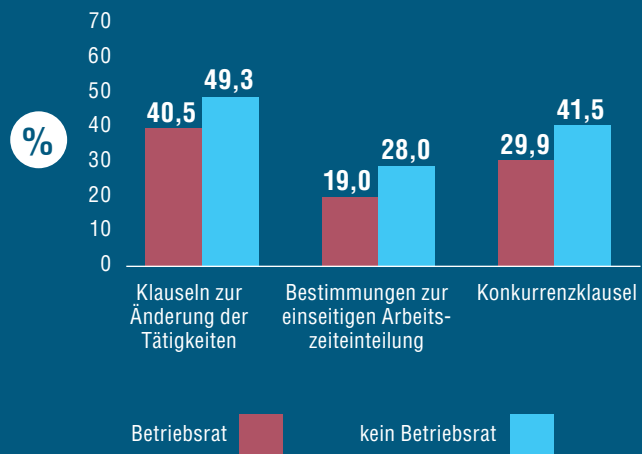
„Viele Firmen verschaffen sich durch Arbeitsvertragsfesseln eine einseitige Flexibilität. Für die ArbeitnehmerInnen verschärfen sich dabei die Abhängigkeitsverhältnisse“, weiß Hinteregger. Und viele, besonders neu in den Beruf Eingestiegene, unterschreiben, ohne Widerstand zu leisten. Den meisten dieser neu eingestellten ArbeitnehmerInnen werden einfach vorgefertigte Verträge unterbreitet.

Den Frischlingen wird mitgeteilt, dass für alle MitarbeiterInnen Standardverträge verwendet würden und keine Änderungen vorgenommen werden könnten. Mögliche Verhandlungen werden von Anbeginn an einfach abgeblockt. Dieses Vorgehen macht die stärkere Position der Chefs beim Vertragsabschluss deutlich. Und die meisten Menschen werden es sich nicht erlauben können, einen Job aufgrund von Differenzen hinsichtlich einer Vertragsklausel abzulehnen. Die AK-ÖGB-Umfrage macht überhaupt klar: Ein Drittel der Befragten hat sich entweder gar nicht getraut, störende Klauseln rauszuverhandeln, oder hat es erfolglos probiert.

Mit Betriebsrat besser

Auch hat die Befragung eines gezeigt: Gegen unfaire Regelungen im Arbeitsvertrag hilft am ehesten ein starker Betriebsrat. In Firmen, in denen es einen Betriebsrat gibt, sind ArbeitnehmerInnen seltener von ungerechten Klauseln

Fairere Arbeitsverträge in Firmen mit Betriebsrat



»VER- KLAUSULIERT«

Karin Hinteregger aus der Abteilung Sozialpolitik im ÖGB über die vielen Vertragsklauseln zulasten der ArbeitnehmerInnen.

Interview: Christian Resei

Welches sind die häufigsten Klauseln?

Die Versetzungs-, All-inclusive- oder Konkurrenz-Klauseln sowie Klauseln zur Rückzahlung von Ausbildungskosten. ArbeitgeberInnen entwerfen oft einfach Vertragsschablonen mit Klauseln. Auch Konventionalstrafen oder Verfallsklauseln sind recht häufig.

Wie viele Menschen sind betroffen?

Eine aktuelle Befragung von

AK und ÖGB hat ergeben, dass 85,7 Prozent der Befragten mindestens eine Klausel im Vertrag haben. Die meisten befragten Frauen stören die Klauseln hinsichtlich der Arbeitszeit, bei den Männern sind es die Versetzungsklausel und die Mehrleistungsabgeltung.

Was hat sich bei den Arbeitsverträgen besonders verändert?

Früher waren Konkurrenz-klauseln eher eine Vorsichtsmaßnahme bei Führungskräften, aber mittlerweile ist es so, dass Konkurrenzklau-

seln auch in Berufen wie FriseurIn zu finden sind. Laut der AK-ÖGB-Studie haben ganze 23,5 Prozent der befragten ArbeitnehmerInnen, die bis 1.300 Euro verdienen, eine Konkurrenz-klausel in ihrem Vertrag. Das ist eine einseitige Flexibilität zugunsten der ArbeitgeberInnen und diese Klauseln werden als Druckmittel gegen die ArbeitnehmerInnen eingesetzt.

Ist das korrekt?

Es ist ungesetzlich, denn es ist so geregelt, dass erst bei einem Einkommen von rund 2.100 Euro eine Konkurrenz-klausel grundsätzlich möglich ist. Diese Regelungen halten vor dem Arbeitsgericht nicht stand.

Betroffene könnten sich doch wehren.

Solange ein Mensch seinen Job behalten will, wehrt er sich oft nicht. Vielen fehlt der Mut, sie scheuen den Konflikt mit den ArbeitgeberIn-



© Isabelle Carhoun

nen und auch den Gang vor das Gericht, weil sie nicht wissen, wie das ausgeht, oder zu wenig informiert sind. In einem Betrieb mit Betriebsräten gibt es laut der Studie weniger Klauseln.

Wie sollten die ArbeitnehmerInnen vorgehen?

Grundsätzlich muss die Frage geklärt werden, ob es sich um eine rechtmäßige Klausel handelt. Am besten wende ich mich an den Betriebsrat oder an die Gewerkschaft, um dann besser verhandeln zu können.

betroffen. So gab es nur in 29,9 Prozent der Firmen mit Betriebsrat eine Konkurrenz-Klausel, während es diese in 41,5 Prozent der Betriebe ohne Betriebsrat gibt.

Der ÖGB kämpft dafür, die Klauseln in Verträgen einzudämmen. Die Forderungen: „Wir verlangen eine Begrenzung bei der Rückforderung der Ausbildungskosten. Momentan ist es möglich, dass Ausbildungskosten pro Jahr zurückverlangt werden und

nicht monatlich oder in Abschnitten – es ist unfair, pauschal pro Jahr Geld zurückzahlen zu müssen“, erklärt Hinteregger. Strafen – etwa Strafzahlungen oder Pönalien –, die gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtet sind, müssen abgeschafft werden. Auch die Klausel zur Versetzung in andere Tätigkeitsbereiche soll unzulässig sein, sofern es sich nicht um gleiche oder gleichwertige oder ausdrücklich definierte Tätigkeiten handelt.

DAFÜR KÄMPFT DER ÖGB

◆ **Verbot von Konkurrenz-klauseln.**

◆ **Begrenzung bei der Rückforderung von Ausbildungskosten.**

◆ **All-in-Verträge nur für leitende Angestellte.**

◆ **Im Vertrag muss das für die Normalarbeitszeit zustehende Grundgehalt ersichtlich sein.**

◆ **Wer nur Teilzeit arbeitet, muss auch bei der Konkurrenz arbeiten dürfen.**

◆ **Abschaffung von Konventionalstrafen.**

◆ **Versetzung nur in gleichwertige oder genau definierte Tätigkeiten.**



DER NEUE KREDIT, DER IHNEN SOFORT ZUSAGT.



**JETZT AUF
EINFACHONLINE.AT**

Die KreditBox Online mit Sofortzusage*.

Egal wann, egal wo – mit der KreditBox wissen Sie nach nur wenigen Klicks, ob Sie sich Ihre kleinen Wünsche und großen Träume erfüllen können. Ab sofort auf einfachonline.at.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



*) abhängig von der Kreditentscheidung nach Bonitätsprüfung anhand der wahrheitsgemäß eingegebenen und nachgewiesenen Onlinedaten

DER ÖGB LIEGT RICHTIG ...



© Rainer Unkel/picturedesk.com

... mit seinen Forderungen: Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft hat Meinungen zu ÖGB-Forderungen abgefragt. Ergebnis: Die Menschen ste-

hen hinter dem ÖGB. Verbesserungen und mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt sind für ArbeitnehmerInnen wichtige Themen. 50 Prozent der 1.000 Befragten unterstützen die Forderung des ÖGB nach einem zusätzlichen Euro pro Überstunde. 61 Prozent wollen, dass die Scheinselbstständigkeit im Bereich der 24-Stunden-Betreuung abgestellt wird und 64 Prozent sind dafür, dass Betriebe, die weniger ältere Menschen beschäftigen, Ausgleichszahlungen an das AMS leisten. „Damit ist klar: Wir sind nah an den Bedürfnissen unserer Mitglieder“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

63.941 ...

... Männer und Frauen sind im Jahr 2012 den Gewerkschaften des ÖGB neu oder wieder beigetreten. Im Umfeld des ÖGB-Bundeskongresses war viel vom „Mitgliederschwund“ zu lesen, davon, dass der ÖGB für die Menschen nicht mehr modern ist. Vor allem Politiker und Medien, denen die Forderungen des ÖGB ein Dorn im Auge sind, reden die Gewerkschaften gerne schlecht. Natürlich gibt es Abgänge - aber den Zuwachs von fast 64.000 kann man nicht wegreden. www.oegb.at/anmelden



© Pimwand/photocase.com

DER ÖGB IST SCHOCKIERT ...



© GEORGI LILIC/OWSKI/EPA/picturedesk.com

... über die Ereignisse der letzten Wochen in der Türkei. Seit Jahren kritisiert der ÖGB die Missachtung von Gewerkschaftsrechten und von fundamentalen Menschenrechten in der Türkei. „Die brutale Vorgehensweise der türkischen Sicherheitskräfte gegen friedliche DemonstrantInnen sowie die Ignoranz der Regierung gegenüber der türkischen Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften sind nicht entschuldigbar“, heißt es in einer ÖGB-Resolution.

KOLUMNE

DANKE FÜR DEN ZUSPRUCH



© Isabelle Carhoun

Acht Jahre nach der letzten Umstellung bekommt die „Solidarität“ ein neues Gesicht. Mit dem handlichen Format entsprechen wir

dem Wunsch vieler Mitglieder. Die neue Struktur bietet gute Orientierung, und die kräftigen Farben sowie das neue Papier runden das Outfit ab.

Was sich nicht geändert hat: Die Interessen der Mitglieder sind unser oberstes Anliegen. Das spiegelt sich in den politischen Berichten wider, genauso aber im erweiterten Serviceteil. Die „Solidarität“ ist nicht nur das Sprachrohr für unsere Mitglieder, sondern das aller arbeitenden Menschen in Österreich – und der Name ist Programm: Solidarität ist ein Grundwert der Gewerkschaftsbewegung, den wir in unserer Mitgliederzeitschrift vermitteln.

»Solidarität – der Name ist Programm.«

Dass die neue „Solidarität“ ihren Zweck erfüllt, hat auch eine Umfrage bestätigt: Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Gewerkschaftsmitglieder wurden befragt – und knapp 80 Prozent bescheinigen der neuen „Solidarität“, dass sie informativ, nützlich, praktisch, modern, nah an den Alltagsproblemen und gut lesbar ist. Wir danken für diese Vorschusslorbeeren und versprechen, weiter unser Bestes zu geben.

Nani Kauer, Chefredakteurin

Ihre Meinung interessiert uns:
soli@oegb.at



BITTE ANSCHNALLEN

Text: Amela Muratovic // Fotos: Michael Mazohl



Flughafen Wien-Schwechat: Bis zu 22 Millionen Menschen fliegen hier jährlich auf Geschäftsreisen oder in den Urlaub, etwa 900 Flugzeuge starten und landen hier täglich und circa 18.000 Beschäftigte sorgen für kurze Wartezeiten und einen reibungslosen Flugverkehr. „Flugzeuge fliegen zu jeder Jahreszeit, das heißt, auch bei Regen und Kälte beladen und entladen MitarbeiterInnen die Maschinen. Einzige Ausnahme ist ein Gewitter, da startet kein Flugzeug“, erzählt Manfred Biegler, Betriebsratsvorsitzender am Flughafen.

Modern und sicher

Sicherheit wird am Flughafen Wien-Schwechat großgeschrieben. Bevor ein Passagier das Flugzeug besteigen kann, muss er durch die Sicherheitskontrolle. Dort wird genau überprüft, was er ins Flugzeug mitnehmen darf und was nicht erlaubt ist. Nach jedem Boarding werden die Schleusen von Beschäftigten des Flughafens gereinigt und über-



Die Informationsschalter sind oft die erste Anlaufstelle für Passagiere. Das Personal ist mehrsprachig und hilft bei Fragen weiter.



SÄMTLICHE INFORMATIONEN laufen in der Sicherheitszentrale zusammen. Kontrolliert werden unter anderem alle Fluchtwege, Check-in-Schalter, Warenanlieferung und Baustellen. Die Mitarbeiterinnen sind zudem verantwortlich dafür, dass keine Staus und Wartezeiten entstehen.

prüft. Seit rund einem Jahr ist auch der Check-in 3 in Betrieb. Durch ein Drei-Ebenen-Konzept und die Trennung von ankommenden und abfliegenden Gästen werden die Menschen durch das Gebäude geleitet. Wichtig ist vor allem, dass sich die Personenströme nicht

»Über 2.500 Kameras überwachen das gesamte Flughafengelände.«

Manfred Biegler

vermischen und kein Stau entsteht. So werden bestimmte Türen automatisch geöffnet oder geschlossen, Rolltreppen fahren nur in festgelegte Richtungen und Aufzüge dürfen nur an vorgegebenen Punkten halten. Kontrolliert wird das alles in der Sicherheitszentrale.



DIE SAUBERKEIT des Flughafens ist von enormer Wichtigkeit. Die Reinigungskräfte laufen täglich etliche Kilometer ab.

Der Ramp-Agent ist für die Abfertigung vor Ort verantwortlich, dazu zählt die Ent- und Beladung des Gepäcks und der Passagiere. Das ist eine der Hauptaufgaben am Flughafen, denn Passagiere haben kein Verständnis für Wartezeiten, die am Boden entstehen.



Tonnenschweres Gepäck

Die Beschäftigten am Check-in sorgen dafür, dass die Sitzplätze ordnungsgemäß vergeben und alle Gepäckstücke richtig beschriftet werden. 3.100 Motoren treiben das über 14,5 Kilometer lange Gepäckförderband an, das sich über drei Etagen erstreckt. MitarbeiterInnen in der Gepäckzentrale arbeiten rund um die Uhr und sorgen dafür, dass bestimmte Schleusen zeitgerecht geöffnet werden und jeder Koffer zum richtigen Flieger kommt. Damit das Flugzeug pünktlich starten kann, muss es vorher gereinigt und betankt werden. Sobald alle Passagiere eingestiegen sind, informiert sich der Ramp-Agent über Änderungen der Passagierzahlen. Jedes Flugzeug hat ein bestimmtes Limit, aus diesem Grund muss das Gepäck genau angepasst werden (Beladung eher vorne oder hinten), damit beim Start keine Probleme entstehen. Ist alles ok, heißt es für die Passagiere: „Bitte anschnallen.“



DAS MEDICAL-CENTER ist 24 Stunden am Tag für Passagiere und Beschäftigte im Einsatz, egal ob bei Zahnschmerzen, Übelkeit, Bluthochdruck oder Flugangst.



ÜBER 50.000 GEPÄCKSTÜCKE mit einem Gesamtgewicht von etwa acht Tonnen werden pro Tag be- und entladen.



JEDES FLUGZEUG, das am Flughafen landet, bleibt 25 bis 40 Minuten am Boden, bevor es sich wieder in Richtung Rollfeld bewegt. Da das Flugzeug nicht rückwärtsfahren kann, wird es von einem speziellen Fahrzeug (Aircraft Tug) in die richtige Position zurückgeschoben.



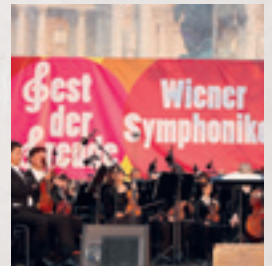
+++ TELEGRAMM +++

meldungen im zeitraffer

+++ BÖSE BÄCKER. Gewerkschaften kritisieren: Großbäckereien zahlen nur niedrige Löhne nach dem Gewerbekollektivvertrag, statt höhere nach dem Industriekollektivvertrag, der den Beschäftigten eigentlich zusteht. **+++ PFLEGEFONDS VERLÄNGERT.** Bis 2016 fix: 650 Millionen Euro für Pflege – das System bleibt steuerfinanziert. Der ÖGB will aber lieber angestellte als scheinselfständige 24-Stunden-PflegerInnen. **+++ LÄNGER ARBEITEN.** Eine Beschäftigungsgarantie für Ältere will Sozialminister Rudolf Hundstorfer, ähnlich der Jugendgarantie. **+++ MEHR ARME.** Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sinkt, die Armut steigt: 1,4 Millionen Menschen in Österreich waren 2011 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet – um 34.000 mehr als 2010, so der EU-Sozialbericht SILC. **+++ VORSORGE WIRKT.** Dank AUVA-Präventionsmaßnahmen ist die Zahl der Arbeitsunfälle weiter zurückgegangen – auf 96.240 im Jahr 2012. **+++ NEUE VORSITZENDE.** ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser ist jetzt auch Vorsitzende der ÖGB-Frauen, Sascha Ernszt wurde zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) gewählt. **+++ EIN GESCHÄFT IST KEIN WIRT.** Der Nationalrat hat die Gewerbeordnung geändert. Jetzt ist es schwieriger, ein Geschäft am Sonntag aufzusperren, indem man es Gastronomiebetrieb nennt. **+++ GUT AUFGEHOBEN.** Die Gründungsurkunde des ÖGB aus dem Jahr 1945 wird ab sofort im Österreichischen Staatsarchiv sicher verwahrt. **+++ FEIERTAGE.** Der ÖGB will Feiertage, die auf Samstag oder Sonntag fallen, am Montag nachholen. **+++ GENUG GESPART.** Die EU-Kommission sagt weiter schrumpfende Wirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit in Europa voraus. In Griechenland hat die Jugendarbeitslosigkeit schon 64 Prozent erreicht. Jetzt ist Umdenken gefragt, sagt der EGB: Weg von der einseitigen Sparpolitik. **+++ NIEMALS VERGESSEN.** Am 8. Mai 1945 hat Nazi-Deutschland kapituliert. Aus diesem Anlass haben 10.000 Menschen am 8. Mai 2013 auf dem Heldenplatz ein „Fest der Freude“ mit den Wiener Symphonikern gefeiert. **+++ ONLINE.** Weitere News auf www.oegb.at



MEHR ARME und Armutsgefährdete in Österreich, weil die Lohnquote sinkt.



FEST DER FREUDE zum Gedenken an die Befreiung Österreichs von der Nazi-Diktatur.

© Thomas Reimer

© Mauthausen Komitee Österreich

KOMMENTAR /// Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

WIR WOLLEN ES NICHT ALLEN RECHT MACHEN



Wir wollen es ja nicht immer allen recht machen, sondern den ArbeitnehmerInnen und ArbeiterInnen. Deshalb kann ich verstehen, wenn kurzsichtige Fabrikanten lieber hätten, wenn es keine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung geben würde. Dann bräuchten sie keine BetriebsrätInnen, die mitbestimmen wollen in ihren Betrieben, und sie würden sich endlich

ersparen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu bezahlen. Sie bräuchten sich nicht mit ÖGB-Forderungen auseinanderzusetzen, die jetzt die Arbeitszeit verkürzen wollen und die Überstunden verringern, damit Arbeiten gesünder wird. Oder die wollen, dass Unternehmer einen Malus zahlen müssen, wenn sie ältere Beschäftigte auf die Straße setzen. Und so weiter. Weniger kurzsichtige Arbeitgeber wissen allerdings, dass mit BetriebsrätInnen und Gewerkschaften auch die Unternehmen und die gesamte Volkswirtschaft besser fahren. Weil Betriebsräte ihre Unterneh-

men manchmal am besten kennen und weil sie für mehr Arbeitszufriedenheit und damit höhere Produktivität sorgen. Oder weil sie mit vernünftigen Kurzarbeits-Regelungen geholfen haben, besser durch die Krise zu tauchen. Oder weil sie, wie jetzt am ÖGB-Bundeskongress, Wachstum und Beschäftigung als übergeordnetes Ziel über alle Forderungen stellen, weil nur arbeitende Menschen Geld haben, um die Wirtschaft anzukurbeln. Aber zum Glück wissen das in Österreich ohnehin die meisten – egal ob ArbeitnehmerInnen oder Fabrikanten.

© ÖGB

KAMPFANSAGE

Immer wieder versuchen Unternehmen, eine Betriebsratsgründung zu verhindern, obwohl diese auch zu ihrem Vorteil wäre.

Eine Wahl eines Betriebsrates ist durchzuführen, wenn mindestens fünf ArbeitnehmerInnen dauernd beschäftigt werden. Vor allem darf eine Betriebsratsgründung nicht durch Eingreifen der Unternehmensführung verhindert werden. So steht es im Arbeitsverfassungsgesetz. Dennoch passierte es in der Vergangenheit immer öfter, dass sich einige Arbeitgeber vehement gegen eine Gründung wehrten.

Unternehmen wenig erfreut

Binder, ein Holzunternehmen aus dem Tiroler Unterland, zeigt uns, wie der noch nicht gereifte Wunsch nach einer Betriebsratsgründung bereits die Wogen hochgehen lässt. Nach diversen Ungereimtheiten suchten Beschäftigte des Holzunternehmens den Kontakt zur Gewerkschaft, weil ihre Einzelvereinbarungen mit gesetz- und kollektivvertragswidrigen Details bestückt waren. In weiterer Folge startete die Gewerkschaft Bau-Holz eine Infoaktion zu fairen Arbeitsbedingungen und den Vorzügen einer Betriebsratskörperschaft. Das Unternehmen war wenig entzückt. Bis heute wehrt sich dieses massiv gegen die Gründung eines Betriebsrats für seine 600 MitarbeiterInnen.

Druck auf Beschäftigte ausgeübt

Wesentlich stärkeren Gegenwind erfuhren 50 Angestellte des Langkampferer Wärmepumpenherstellers Heliotherm bei ihrem Ansinnen, eine innerbetriebliche Sozialpartnerschaft auf die Beine zu stellen. Anfangs verlief alles sehr ruhig, die Ausschreibung der Betriebsversammlung gipfelte dann aber im Eklat. Als die Versammlung ausgeschrieben wurde, stieg der innerbetriebliche Druck und niemand traute sich, zur Betriebsversammlung zu kommen. Der Initiator wurde bereits im Vorfeld gekün-



© ÖGB Tirol

ARBEITNEHMER WURDE nach seinem Versuch, einen Betriebsrat zu gründen, prompt gekündigt. Die Gewerkschaft hat Klage beim Arbeitsgericht eingereicht, und das wird gerichtliche Folgen für das Unternehmen mit sich bringen.

dig. Inzwischen hat die Gewerkschaft GPA-djp Klage beim Arbeitsgericht eingereicht und Kündigung aus verpönten Motiv angeführt. Dieses Vorgehen wird also gerichtliche Folgen für das Unternehmen mit sich bringen.

Ein Menschenrecht

Neun der zehn größten Tiroler Unternehmen haben einen Betriebsrat. Probleme werden gelöst, und die gute Stimmung spiegelt sich in den wirtschaftlichen Zahlen wider. Nichtsdestotrotz versuchen manche UnternehmerInnen, die Gründung eines Betriebsrats mit allen Mitteln zu verhindern. Ein Betriebsrat vertritt zwar die Interessen der Belegschaft, ist aber kein Feind der Geschäftsführung. Ganz im Gegenteil: Der Betriebsrat ist daran interessiert, dass das Unternehmen gute Geschäfte macht, denn nur so können Gewinne erzielt und Arbeitsplätze gehalten werden. Trotz der überwiegenden Vorteile scheinen manche Unternehmen die Nichtexistenz einer Betriebsratskörperschaft einzementieren zu wollen. Doch den Beschäftigten den Wunsch nach einer Betriebsratsgründung zu verwehren, ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte.



Für eine Beratung in arbeitsrechtlichen Fragen wenden Sie sich an die zuständige Gewerkschaft:
www.oegb.at/gewerkschaften

DER ÖGB FORDERT

Der ÖGB fordert bessere rechtliche Absicherung für ArbeitnehmerInnen, die sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen beteiligen. Auch sie sollen vor Kündigung geschützt sein.



- ▶ Wer Betriebsratsrechte ignoriert, soll strenger bestraft werden.
- ▶ BetriebsrätInnen brauchen mehr und besser nutzbare Bildungsfreistellung.
- ▶ Neue Belegschaftsvertretungen für größere Einheiten wie Einkaufszentren.

LUFT UNTER WASSER

BERUFUNG: TAUCHER

Wasser spielt eine große Rolle bei der Feuerwehr, aber nicht nur beim Löschen eines Brandes. Feuerwertaucher retten oft unter schwierigen Bedingungen Menschen, die im Wasser in Gefahr geraten sind. Etwa 130 Einsätze pro Jahr absolvieren die Berufstaucher. Wer FeuerwertaucherIn werden will, muss erst eine Ausbildung zum Feuerwehrmann/zur Feuerwehrfrau machen. Danach können sich Interessierte freiwillig zu den Tauchern melden. Alle TaucherInnen haben neben den allgemeinen feuerwehrafachlichen Aus- und Fortbildungen jährlich rund 40 Stunden Fortbildung in den Gewässern.

www.bundesfeuerwehrverband.at

Das ist ein Universalwerkzeug fürs Tauchen und soll daher eine starke Klinge aus rostfreiem Stahl mit Wellenschliff haben und mit einem ab-rutschsicheren Griff versehen sein.

Tauchermesser

Jacket (Tarierweste)

Durch Einblasen oder Ablassen von Luft kann damit in jeder Tiefe der Auftrieb genau reguliert und austariert werden. Außerdem dient die Tarierweste als Tragegestell für die Pressluftflasche. An der Wasseroberfläche hat sie die Funktion einer Rettungsweste, die den Kopf über Wasser hält.

FeuerwertaucherInnen benutzen in der Regel einen Trockentauchanzug, da dieser hinsichtlich Luftversorgung und Kälteschutz die längsten Tauchzeiten ermöglicht und zugleich ein Optimum an Sicherheit und Beweglichkeit bietet.

Tauchanzug

Ebenfalls zur Ausrüstung gehören Bleigewichte, um den Auftrieb des Tauchers/der Taucherin und der Tauchausrüstung zu kompensieren.

Bleigurt



BEWEGT STATT RUHIG SITZEN

Sitzen ist auf Dauer ungesund, unbeweglich zu sitzen noch ungesünder. Deswegen: Sitzposition wechseln und zwischendurch aufstehen!



© kaleijpp/photocase.com

Sitzend arbeitet es sich besser als im Stehen – aber der Rücken des Menschen ist für andauerndes Sitzen ohne Bewegung nicht geeignet, die Skelettmuskulatur muss dabei ständig Haltearbeit verrichten. Bewegungsarmut lässt die Muskulatur erschlaffen, sie wird schlecht durchblutet. Die Bandscheiben der Wirbelsäule sind beim Sitzen einseitig und hoch belastet und werden durch fehlenden Wechsel der Haltung nicht ausreichend mit Flüssigkeit versorgt.

Allerdings arbeiten immer mehr Menschen im Sitzen; nicht nur in den Büros, sondern immer öfter auch in der

Sitz
dich
fit!

Produktion. Neben Arbeitstischen mit angepasster Höhe und ergonomischen Drehsesseln mit flexibler, verstellbarer Lehne sollten auch Stehpulte Einzug in die Büros halten – und Bewegung: mal

aufrecht sitzen, dann wieder zurückgelehnt, zum Telefonieren aufstehen, wie es am jeweiligen Arbeitsplatz möglich ist.

Es gibt es kein absolut falsches Sitzen, solange man in ständiger Bewegung bleibt.

<http://tinyurl.com/pddoctc>

<http://tinyurl.com/qeh2uy6>



Vorsorge und Abfertigung

Auf lange Sicht
**bestens
informiert**



© GETTY IMAGES



Immer „smart“ informiert. – Als Nr.1 der Vorsorge muss man die Zeichen der Zeit früh erkennen. Die VBV – Vorsorgekasse ermöglicht ihren Kunden nun, als erste Vorsorgekasse Österreichs, den ortsunabhängigen und bequemen Zugriff auf alle Informationen und Services des Unternehmens!

Wenn Sie heute mit einem **Smartphone oder Tablet** www.vorsorgekasse.at anwählen, gelangen Sie nun direkt auf die „Mobile-Version“ unserer Website! Vorsorglich bestens informiert.



FriseurInnen, deren Haut plötzlich die Chemikalien, mit denen sie arbeiten, nicht mehr verträgt, sind keine Seltenheit. PflegerInnen, die durch ständiges Desinfizieren Hautausschläge bekommen, auch nicht. Hauterkrankungen zählen seit Jahren zu den häufigsten Berufskrankheiten.

Solidarität: Frau Dr. Antes, wer ist am häufigsten von Hauterkrankungen betroffen?

Dr. Astrid Antes: Betroffene Berufsgruppen sind überwiegend FriseurInnen, aber auch Reinigungs- und Gastgewerbepersonal, MitarbeiterInnen aus dem Gesundheitsbereich sowie aus der Metall- und Baubranche. Hauterkrankungen sind jedoch vermeidbar, wenn die Arbeit hautfreundlich gestaltet ist und bei Auftreten von Symptomen wirksame Maßnahmen gesetzt werden. Eine hautfreundliche Gestaltung bedeutet etwa Ersatz von hautschädigenden

»Beschäftigte regelmäßig unterweisen«

Dr. Astrid Antes, Arbeitsmedizinerin (AUVA Unfallverhütung und Berufskrankheitenbekämpfung)

Interview: Amela Muratovic



© AUVA

Chemikalien durch weniger schädigende, Werkzeuge verwenden statt der bloßen Hand.

Solidarität: Was können Arbeitgeber zum Schutz ihrer MitarbeiterInnen machen?

Antes: Hautschutz soll als persönliche Schutzausrüstung von Arbeitgebern zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen ihre MitarbeiterInnen regelmäßig unterweisen und ihnen unter anderem zeigen, wie sie richtig dosieren, wie sie Beschädigungen an Schutzhandschuhen erkennen oder wie mit aggressiven

Reinigungsmitteln umzugehen ist. Alles erklären ist der erste Schritt, der zweite ist die Kontrolle. Arbeitgeber müssen darauf achten, ob ihre Beschäftigten das alles auch wirklich tun.

Solidarität: Stark betroffen von Hauterkrankungen sind FriseurInnen. Wie können sie sich richtig schützen?

Antes: Auf jeden Fall sollte eine Hautschutzcreme vor der Arbeit aufgetragen werden, das ein- bis zweimal pro Arbeitstag wiederholen. Beim Haarewaschen immer Schutzhandschuhe tragen, nickel-

freie Werkzeuge verwenden. Wichtig ist auch, die Hände nicht zu heiß zu waschen und nach der Arbeit eine Hautpflegecreme aufzutragen.

Solidarität: Wo können sich Beschäftigte und Arbeitgeber informieren?

Antes: Betriebe bis 50 Beschäftigte werden durch „AUVA-Sicher“ kostenlos betreut. Größere Betriebe können eine Beratung durch die AUVA-Unfallverhütungsdienste anfordern. Auf www.auva.at/gesunde-haut können Broschüren und Folder heruntergeladen oder bestellt werden.

BUCHTIPP



MEHR GLEICHHEIT, MEHR WACHSTUM, WENIGER KRISE

Die Finanzkrise hat das Leben von Millionen Menschen verändert, aber wie sie genau funktioniert hat, davon haben viele keine Ahnung. Robert Misik erklärt in Volkshochschulkursen und jetzt auch in Buchform, „wie wir da reingerieten und wie wir wieder rauskommen“. Schuld an der Krise sei zum Beispiel der unregulierte Finanzmarkt, der ganz anders funktioniert als alle anderen Märkte: höhere Preise senken nicht die Nachfrage, sondern

sie treiben sie noch in die Höhe. „Die normalen Marktkräfte, die auf Gütermärkten so etwas wie ein Gleichgewicht produzieren, funktionieren auf Finanzmärkten überhaupt nicht. Im Gegenteil, wenn man hier die Marktkräfte ungezügelt wirken lässt, wird man

»WACHSTUM UNTER DEN BEDINGUNGEN VON RELATIVER GLEICHHEIT – WIE EINE KONTINUIERLICHE FLUT, DIE ALLE BOOTE HEBT. UNTER DEN BEDINGUNGEN VON KRASSER UNGLEICHHEIT GÄBE ES EIN WILDES RAUF UND RUNTER, DAS IMMER EIN PAAR BOOTE AN DIE KLIPPEN WIRFT.«

fatale Krisen ernten.“ Die Lösung: Nicht die Abschaffung des Kapitalismus, sondern viele kleine Reformen, mit dem Ziel, mehr Gleichheit zu schaffen. Denn die Geschichte habe gezeigt, dass die Durchsetzung von ArbeitnehmerInnenrechten die Wirtschaft nicht schwächt, sondern stärkt.

Robert Misik
„Erklär mir die Finanzkrise!“

Picus-Verlag, 156 Seiten, 14,90 Euro

Bestellen: www.besserewelt.at

GEWINNSPIEL



© Festspiele Stockerau/Roswitha Hecke

SOMMERTHEATER

2013 kehrt die Stadt Stockerau zu ihren Wurzeln, dem Sprechtheater, zurück und präsentiert am Open-Air-Platz die tragische Komödie „Der Besuch der alten Dame“ von Friedrich Dürrenmatt, einen Klassiker der Moderne. Die Milliardärin Claire Zachanassian kehrt in ihre Heimatstadt zurück, um Rache an ihrem ehemaligen Geliebten Alfred Ill zu nehmen. Die Solidarität verlost 3x2 Karten für die Vorstellung am 8. August.

SOMMERKONZERTE

Die Festspiele Stockerau bieten ebenso sommerliche Konzerte quer durch die Musikwelt. Die Solidarität verlost 3x2 Karten für „Nouvelle Cuisine – Swing“ am 4. August um 20 Uhr.

GEWINNFRAGE

Von wem stammt die Erzählung „Oliver Twist“?

Beantworten Sie die Gewinnfrage und schicken Sie ihre Antwort an Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder an soli@oegb.at
Kennwort: Sommertheater bzw. Sommerkonzert

LINKS

<http://kartenstelle.oegb.at>
www.festspiele-stockerau.at

**SOMMERZEIT,
KULTURZEIT**

Mit der ÖGB-Kartenstelle günstiger die Vielfalt an Veranstaltungen genießen.

SEEFESTSPIELE MÖRBISCH

**DER BETTELSTUDENT
(OPERETTE VON CARL MILLÖCKER)
BIS 24. AUGUST 2013**

Weil die polnische Komtesse Laura Nowalska Oberst Ollendorf bei einem Ball vor allen Leuten mit dem Fächer ins Gesicht geschlagen hat, will sich dieser nun rächen und sie vor der gesamten Krakauer Gesellschaft blamieren.

Ermäßigte Karten zum Preis von 20,50 bis 63,50 Euro.

SCHLOSS-SPIELE KOBERSDORF

**DIE DAME VOM MAXIM
KOMÖDIE VON GEORGES FEYDEAU
BIS 28. JULI**

Die „Dame vom Maxim“ taucht in Gestalt der Nachtclubtänzerin Crevette eines Morgens im Ehebett des Arztes Petypon auf. Bevor er einen klaren Gedanken fassen kann, steht seine Gattin in der Tür.

Ermäßigte Karten zum Preis von 25,50 und 36 Euro.

FESTSPIELE GUTENSTEIN

**DER VERSCHWENDER
VON FERDINAND RAIMUND
20. JULI BIS 11. AUGUST**

Die renommierten Sommerspiele im Süden Niederösterreichs kehren damit im Rahmen ihres 20-Jahre-Jubiläums zu ihren Wurzeln zurück.

Ermäßigte Karten zum Preis von 22,50 bis 44,10 Euro.

STADTTHEATER MÖDLING

**OLIVER TWIST – DAS MUSICAL
18. JULI BIS 4. AUGUST**

Die Geschichte eines Straßenkinds, als dessen Inspirationsquelle die Erzählung „Oliver Twist“ von Charles Dickens diente.

10 Prozent Frühbucherbonus.



OPERNFESTSPIELE ST. MARGARETHEN

**LA BOHÈME 2013
VON GIACOMO PUCCINI
BIS 25. AUGUST 2013**

Ermäßigte Preise Donnerstag und Sonntag von 26,10 bis 72,90 Euro. Ermäßigte Preise Freitag und Samstag von 33,30 bis 80,10 Euro.

KARL MAY FESTSPIELE WINZENDORF

**WINNETOU UND DER ÖLPRINZ
2. BIS 18. AUGUST**

In die Welt des Wilden Westens lässt neben Winnetou und Old Shatterhand zudem die angrenzende Westernstadt mit Saloon und spannender Unterhaltung eintauchen.

Jedes Ticket minus 7 Euro.

INFOS

Ermäßigte Karten, Termine und weitere Informationen:



<http://kartenstelle.oegb.at>
Tel.: 01/534 44-39675

Urlaubsgeld

Ohne Gewerkschaft gibt es auch keinen 13. und 14. Lohn bzw. Gehalt.



sätzliches Monatsgehalt. Viele glauben allerdings, dass das Urlaubsgeld gesetzlich geregelt ist und jede und jeder darauf Anspruch hat. Das stimmt aber nicht. 13. und 14. Lohn bzw. Gehalt sind Errungenschaften der Gewerkschaften, die im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen jedes Jahr mitverhandelt werden.

Darüber informiert die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) auf ihrer Bädertour in Wien. Zum Schutz vor der Sonne werden coole Sonnenbrillen in Grün, Gelb und Hellblau verteilt, und für die Urlaubskasse kann man bis zu 500 Euro gewinnen. Das Gewinnspiel läuft bis 31. August 2013. www.oegj.at

Wenn der Sommer naht, freuen sich die meisten nicht nur auf warme Sonnenstrahlen, sondern auch über ein zu-

GUT GESAGT /// SCHMÄH VERZAPFT

»Vermögenssteuer? Brauchen wir nicht, nützt uns nichts.«

Reinhold Mitterlehner,
Wirtschaftsminister



Das Vermögenssteuermodell des ÖGB könnte drei Milliarden Euro jährlich bringen, und es nützt uns sehr wohl: Investitionen in Betreuung und Pflege, in Schulen und vieles mehr – das schafft Arbeitsplätze am Bau, im laufenden Betrieb und bringt Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge. Darüber müsste sich gerade

der Wirtschaftsminister freuen. Stattdessen meint er, dass die ÖGB-Steuerpläne die Wirtschaft beim Schaffen von Arbeitsplätzen behindern. Der ÖGB will ja nicht die Wirtschaft besteuern, sondern die Reichen, die Millionäre: Die reichsten zehn Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 60 Prozent der privaten Vermögens.

kika

Leiner

VERWIRKLICHEN SIE IHRE WOHNTRÄUME MIT TOLLEN VORTEILEN!

10%*
AUF GUTSCHEINE VON LEINER/KIKA

*Keine Buchung auf Lyoness Cashback Card möglich. Gültig bis 31. Mai 2014 in allen Leiner und kika Einrichtungshäusern in Österreich.

0% SONDERFINANZIERUNG ZINSFREI*
IN 12 KLEINEN MONATSRATEN KAUFEN

GRATIS*
ABHOLBUS FÜR EIN ÜBERSIEDLUNGS- WOCHELENDE

*Nähere Informationen unter www.mitgliederservice.at/leiner bzw. in Ihrem kika/Leiner Einrichtungshaus.

DER SCHLÜSSEL ZUM LOHNZETTEL

ArbeitnehmerInnen freuen sich jeden Monat auf ihre Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung. Aus gutem Grund, zeigt sie ihnen doch, wie viel sie im vergangenen Monat verdient haben. Aber oft ist die Abrechnung ein einziges Rätsel: Bruttolohn bzw. -gehalt, Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeitrag. Was bedeuten all diese Posten?

ArbeitnehmerInnen müssen zusammen mit dem monatlichen Entgelt auch eine monatliche Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung erhalten, in der die genaue Zusammensetzung des Entgelts aufgelistet ist. Die Abrechnung muss folgende Angaben enthalten: Bruttobezüge, Beitragsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge, Pflichtbeiträge für die Sozialversicherung, Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer, Lohnsteuer. Bei der Abfertigung neu müssen zusätzlich die Bemessungsgrundlage und der geleistete Beitrag an die betriebliche Mitarbeiter- und Selbstständigenvorsorgekasse ausgewiesen sein.

Krankenversicherung: Unterscheidet sich bei ArbeiterInnen und Angestellten um einen minimalen Prozentsatz. ArbeiterInnen zahlen 3,95 Prozent und Angestellte 3,82 Prozent. Die Aufgaben der Krankenversicherung reichen von der Früherkennung und Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation.

Arbeitslosenversicherungsbeitrag: Beträgt bis zu drei Prozent für alle ArbeitnehmerInnen. Mit der Arbeitslosenversicherung sichern sich Beschäftigte für den Fall der Arbeitslosigkeit ab.

Arbeiterkammerumlage: Aufgrund der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer muss diese Umlage geleistet werden. Davon ausgenommen sind: Arbeitslose, Lehrlinge, Zivildienere/Präsenzdiener und Karenzierte. Zurzeit beträgt die AK-Umlage 0,5 Prozent.

Pensionsversicherungsbeitrag: Liegt bei 10,25 Prozent. Die Leistungen aus der Pensionsversicherung sind die Pensionen, die den Lebensstandard auch nach der Erwerbstätigkeit sichern sollen.

Der Wohnbauförderungsbeitrag beträgt ein Prozent und ist je zur Hälfte von den Unternehmen und von den ArbeitnehmerInnen zu tragen. Keinen Wohnbauförderungsbeitrag zahlen unter anderem Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte oder Gutsangestellte.

In Summe beträgt die Höhe der Beiträge der ArbeiterInnen bis zu 18,2 Prozent und der Angestellten bis zu 18,07 Prozent. Individuelle Bezüge wie



Kleiner Beitrag – große Wirkung: Der Krankenversicherungsbeitrag wird umfassend eingesetzt.

PFLICHTFELDER DES LOHNZETTELS

◆ **Bruttobezug bzw. -entgelt**

Der Bruttobezug setzt sich zusammen aus dem Bruttolohn bzw. -gehalt (= Grundlohn bzw. -gehalt) inklusive allfällige Mehr- und Überstunden, Prämien, Zulagen und Zuschläge.

◆ **Beitragsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge**

ist die Summe aller sozialversicherungspflichtigen Entgeltbestandteile.

◆ **Pflichtbeiträge für die Sozialversicherung:**

Das sind Beiträge, die die ArbeitgeberInnen an die Sozialversicherung abführen. Sie werden vom Bruttobezug der ArbeitnehmerInnen abgezogen und dienen dazu, finanziellen Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfällen und im Alter zu geben.

Weitere Serviceangebote: www.mitgliederservice.at

Zulagen, Überstunden, Prämien und Pendlerpauschale sind in diesen angegebenen Beträgen nicht mitgerechnet. Genauso wenig die Betriebsratsumlage und der Gewerkschaftsbeitrag, den viele ArbeitnehmerInnen mittels Gehaltsabzug einzahlen. In so einem Fall wird der Gewerkschaftsbeitrag auch auf der Gehaltsabrechnung ausgewiesen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit ein Prozent des Bruttoeinkommens. Gibt es im Betrieb einen Betriebsrat, wird auch die Betriebsratsumlage in der Höhe von maximal 0,5 Prozent abgezogen.

Doch nicht nur ArbeitnehmerInnen zahlen Beiträge an die Sozialversicherung, sondern auch die ArbeitgeberInnen. Die sogenannten Lohnnebenkosten, die die ArbeitgeberInnen für ihre Beschäftigten bezahlen, werden vom Bruttogehalt berechnet und an die Sozialversicherung überwiesen.

Beiträge des Arbeitgebers:

- ◆ Krankenversicherung (KV): 3,7 Prozent für ArbeiterInnen, 3,83 Prozent für Angestellte.
- ◆ Pensionsversicherung: 12,55 Prozent.
- ◆ Unfallversicherungsbeitrag (UV): 1,40 Prozent.
- ◆ Arbeitslosenversicherung (AV): 3 Prozent.
- ◆ Insolvenzentgeltsicherungsgesetz (IESG): 0,55 Prozent.
- ◆ Bei der „Abfertigung neu“ muss zusätzlich ein Beitrag an die Mitarbeitervorsorgekasse ausgewiesen sein. Dieser beträgt 1,53 Prozent.
- ◆ Kommunalsteuer: 3 Prozent werden an die Gemeinden ausgewiesen. Die Kommunalsteuer ist eine lohnabhängige Gemeindeabgabe.
- ◆ Familienlastenausgleichsfonds (FLAF): 4,5 Prozent. Die wichtigste Leistung des FLAF ist die Familienbeihilfe.

Keine Lohnnebenkosten sind zum Beispiel das Urlaubs- und Weihnachtsgeld und das Feiertagsentgelt. Die genannten Beispiele sind direkte oder indirekte Lohnbestandteile. Eine Verringerung dieser würde zu Einkommensverlusten und zu einer Verschlechterung der sozialen Absicherung führen.



Wilder Spargel in der Eierspeis

von Florian Kräftner

SAMMELN
und
NACHKOCHEN!

01

Juli 2013



© Florian Kräftner, Illustration: Isabelle Carhoun

Leicht zu kochen, schwer zu finden – und nur in Kroatien

Ab 1. Juli wird die EU 28 Mitglieder haben – Kroatien tritt bei. Ein Blick auf die Landkarte verrät: uneinheitliche Geografie. Die eine Landeshälfte zieht sich an der Adria entlang nach Süden, die andere liegt im Binnenland, Richtung Osten. Am Meer gibt es Fisch und den kulinarischen Einfluss der Italiener, im Osten geht es mehr Richtung ungarisch (gulaš und palačinke). Überall gibt es freilich pljeskavica, Fleischlaberl – und hier gehen die Meinungen schon auseinander: mal aus Schweine- und Lammfleisch, mal mit Rind und Kalb. Wir bleiben unparteiisch, schonen diesmal die Tierwelt und widmen uns lieber einer Spezialität, die fast nur an der kroatischen Küste zu finden ist: dem wilden Spargel, dem bitteren und herben Verwandten unseres Marchfelder Spargels. Er ist gleichzeitig teure Delikatesse und billiges Vergnügen, sogar gratis, denn das Spargelsuchen entlang der Wanderwege ist Frühlingsport ganzer Großfamilien. Vorne gehen die Jungen, hinten

die Alten, denn die haben Erfahrung und wissen auch, wo die versteckten Halme sprießen.

Die Zubereitung ist eine weit einfachere Angelegenheit als das Suchen: Wildspargel gehört in die Eierspeis. Dafür die holzigen Unterteile der Spargeln entfernen (die kann man später zur Suppe auskochen) und die Oberteile samt Köpfen kleinschneiden. In viel Olivenöl weichdünsten (auf ganz kleiner Flamme, nicht braten!). Das Öl sollte jetzt ganz dunkelgrün gefärbt sein. Dann versprudelte Eier einrühren, gewürzt nur mit Salz und Pfeffer. Vom Feuer nehmen und ziehen lassen, das Ei sollte nicht komplett stocken, sondern cremig bleiben.

Ja, die einfachsten Gerichte sind manchmal auch die besten – aber was hilft's, wenn man nicht an die Ware kommt? Nun, dann muss man sich eben mit ganz normalem grünen Spargel helfen ...

Zutaten:

- ◆ ½ Kilo Wildspargel
- ◆ 8 Eier
- ◆ Olivenöl
- ◆ Salz
- ◆ Pfeffer

alternativ:

- ◆ ½ Kilo grüner Spargel
- ◆ Frühlingszwiebel



FAIRE SCHLECKEREI



Baked Alaska, Chunky Monkey und The Vermonster sind nur einige der verrückten Eissorten mit den extra großen Stücken von Ben & Jerry's, die aus fairen Zutaten bestehen. Bereits seit

Ende 2011 verarbeitet das Unternehmen nur, was fair gehandelt wurde – also etwa Rohzucker, Schokolade oder Nüsse. Für „Oh My! Apple Pie!“ werden die Äpfel aber nicht um die halbe Welt geschifft, nur damit

das Eis fair ist. Das wäre wenig nachhaltig. Regionale Produkte wie Äpfel oder Milch kommen daher aus heimischer Produktion.

Der faire Handel hilft Kleinbauern, ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern.

ein Stück vom Kuchen – oder eben vom Eis – abbekommt. Beim gängigen Handel steigen Kleinbauern oft schlecht aus: Rohstoffe werden billig aufgekauft, verarbeitet und teuer weiterverkauft. Bei Fair Trade werden Zwischenhändler ausgeschaltet, sodass die Gewinne direkt bei den Bauern ankommen.

Fair boomt

Die Nachfrage nach fairen Lebensmitteln ist manchmal größer als das Angebot. Für das Eis „Fairly nuts“ reicht zum Beispiel die Menge an Fair-Trade-Mandeln, die auf dem Weltmarkt erhältlich ist, nicht aus, um den Bedarf zu decken. Ben & Jerry's muss aus diesem Grund zukaufen, in welchen Mengen steht auf der Eispackung.

Damit mehr Bauernorganisationen auf faire Produktion umsteigen, garantiert Fair Trade feste Rohstoffpreise und eine Prämie. Und auch sonst bedeutet Fair Trade, dass jeder

LINKTIPPS

► Ben & Jerry's gibt es im Kino, am Kiosk oder bei Billa und Merkur. Bei Spar hingegen gibt es ein Fair-Trade-Eis, das der Schokoladenspezialist Zotter und die Eismanufaktur Valentino kreiert haben.

► Mehr faires Eis:
www.fairtrade.at

© C/L / photocase.com

IMPRESSUM

Herausgeber:

Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at.

Herstellerin:

Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21.

Verlagsort:

Wien.

Herstellungsort:

Neudörfel.

Chefredaktion:

Nani Kauer.

Kaufmännische Leitung:

Christoph Höllriegel.

Chefin vom Dienst:

Amela Muratovic.

AutorInnen:

Florian Kräftner, Katja Dämmrich, Bernhard Achitz, Christian Resei, Benjamin Praxmarer.

Artdirektion & Grafik:

Reinhard Schön.

Anzeigen:

Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at.

Sekretariat:

Sonja Adler, Johanna Kastner.

Lektorat:

Marga Achberger.

Redaktionsadresse:

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916,

E-Mail: soli@oegb.at,

<http://www.oegb.at/soli>

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.soli.at/offenlegung

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655

Auflösung des
RÄTSELS
(ab nächster
Ausgabe)



WO KREUZ T

Die Solidarität verlost 3x2 Karten für „Natürlich Blond“ im Ronacher. Die Karten werden von den Vereinigten Bühnen Wien zur Verfügung gestellt.

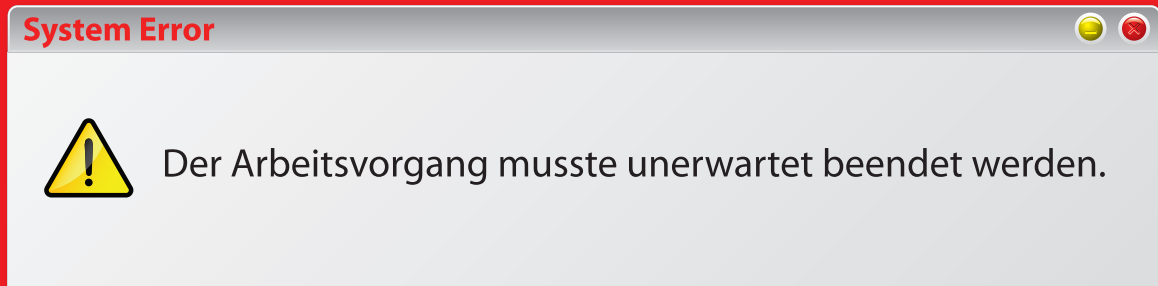
1	2	3	4	5	6

Lösung bitte einsenden an:
Redaktion Solidarität,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder
soli@oegb.at

Einsendeschluss: 5. August 2013

der Wolf-gangsee	▼	Ausruf	kleinste öster-reichische Münze	Abk.: Ober-österreich	▼	Hand-tuch-stoff	Kfz.-Z. Feld-kirchen/KT	Bienen-züchter	Abk. des US-Geheim-dienstes	Abtei in Ober-bayern
Buch-haltung (engl.)	▶	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Lebens-gemein-schaft	▶	▼	▼	Ein-siedler, Klausner	▶	▼	▼	○ ₃	▼	▼
schlank, ge-schmei-dig	▶	▼	▼	▼	▼	Druck-behälter	Abk.: Kata-ly-sator	▶	▼	▼
weibl. Mär-chen-gestalt	▶	Prüfung auf Taug-lichkeit	▶	○ ₅	▼	▼	Abk.: Internat. Rotes Kreuz	▼	Kose-name der Groß-mutter	▼
▶	▼	▼	Balsam-baum-harz	▼	Bundes-land Öster-reichs	▶	▼	▼	▼	▼
österr. Tänzerin (Fanny) † 1884	▶	▼	▼	▼	▼	▼	▼	Teil von Turbo-motoren	▼	Reit-stock
irgend-wann	▶	Ringel-wurm, Blut-sauger	▼	jeder-mann	▼	engl.: Halte-stelle	▶	▼	▼	▼
▶	▼	○ ₄	▼	▼	▼	▼	wider-wärtig	Abk.: Nord-nordost	▼	franzö-sisch: Osten
▶	▼	▼	▼	Bei-wagen v. Dampf-loks	▶	▼	▼	▼	▼	○ ₆
flink, beweg-lich	▶	Vom. des Tenors Slezak † 1946	▶	▼	▼	Vogel-brut-platz	▶	▼	○ ₁	▼
Wind-schatten-seite	▶	▼	▼	kleine Tür	▶	▼	○ ₂	▼	▼	▼





Dafür gibt es jetzt den neuen Work-Life-Airbag.
Die Einkommenssicherung bei Berufsunfähigkeit.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

Nähere Infos unter 050 350 350, auf wienersaetdtische.at oder bei Ihrem/Ihrer BeraterIn.

WIENER 
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/

Postleitzahl Ort

Besten Dank